

23.08.2006 - Politik / Österreich

Krankenkassen - Kein 150 Mio. Euro-Loch?

Laut den Krankenkassen fehlen heuer 154 Mio. Euro. Die Gesundheitsministerin rechnet aber mit einem ausgeglichenem Ergebnis 2006.

Zwischen der Sozialversicherung und VP-Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat ist im Wahlkampf eine Debatte über die Ergebnisentwicklung im heurigen Jahr ausgebrochen. Die 21 Krankenkassen gehen auf Basis der Halbjahresergebnisse für heuer insgesamt von einem Abgang von 154 Mio. Euro aus. Rauch-Kallat kann diese Zahlen nicht nachvollziehen. Sie sei "sehr zuversichtlich, dass am Ende des Jahres wieder ein ausgeglichenes Ergebnis herauskommen wird" - im Großen und Ganzen.

Handlungsbedarf bei den Gebietskrankenkassen

Die Krankenkassen hätten "die Einnahmen bewusst niedrig und die Ausgaben bewusst höher angesetzt". Die Prognosen hätten bisher "nie mit dem Endergebnis zusammengestimmt", sagte die Ministerin. Für 2005 sei die erste Schätzung bei minus 357 Mio. Euro gelegen. Selbst in ihrem vorläufigen Ergebnis sei die Sozialversicherung für das Vorjahr noch von einem Verlust ausgegangen. Das Endergebnis sei aber schließlich bei plus 20,7 Mio. Euro gelegen.

Nach ihrer Rechnung gibt es zwar bei den Gebietskrankenkassen weiter einen Handlungsbedarf, die Bundeskassen würden aber einen leichten Überschuss ausweisen, der die Verluste der Gebietskrankenkassen abdecke. Bisher habe sie geglaubt, dass die Annahmen auf kaufmännischer Vorsicht beruht hätten. "Mittlerweile stelle ich mir aber die Frage, ob das so ist, oder ob da andere Gründe dahinter stecken", sagte Rauch-Kallat. Über die Hintergründe spekulieren wollte sie aber nicht: "Ob es hier andere Hintergründe gibt, muss man die Betroffenen fragen. Ich kommentiere das in (Wahlkampf-)Zeiten wie diesen nicht", so Rauch-Kallat.

Pharmaindustrie will MwSt-Senkung für Medikamente

Rückendeckung bekommt die Ministerin von der Pharmaindustrie. Der Präsident der Forschenden Pharmazeutischen Industrie (FOPI) erklärte zwar, dass die Kosten für Heilmittel heuer bis dato um 5 Prozent gestiegen seien. Eine Verteuerung der Medikamentenkosten um 8,5 Prozent kann er aber nicht nachvollziehen.

Um die Lage zu entspannen, verlangte der Pharmedialobbyist eine Senkung der Mehrwertsteuer für Medikamente von 20 auf 10 Prozent. Auch der Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse zeigte dafür Verständnis. Hätte die Kasse nicht so strikte Vorgaben, würde sie ihre Medikamente im Ausland einkaufen, sagte er sinngemäß.

Nach Schätzungen der FOPI würde die Mehrwertsteuerreduktion etwa 175 Mio. Euro kosten. Rauch-Kallat meinte dazu nur knapp, dies sei Sache des Finanzministers, der die Forderung bisher stets abgelehnt habe.

Senkung der Einkommensschwelle

Die von Wirtschaftsminister Martin Bartstein vorgeschlagene Senkung der Einkommensschwelle für legal in Österreich arbeitende ausländische Pfleger von 1.500 auf 1.200 Euro verteidigte die Ministerin. Die einstige Schwelle sei für diplomierte Pflegedienste vorgesehen gewesen. Tatsächlich arbeite der Großteil der 40.000 Betroffenen nicht in den Krankenpflege sondern in der Altenbetreuung. (APA/Red.)